

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 490 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltspaltige Kleinzeile 200 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 20/21

Sonnabend, den 26. Mai 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Tausende Notizen unter: „Gesperret“, „Streit“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrenotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperret:

In Hildesheim die Firma Dräger. In Fürstenheim die Firma Deplaz u. Co.

Streit:

In Königsberg. Der Niederbayerische Unternehmerverband hat am 11. April unsere Verbandsmitglieder als Protest gegen eine Verbindlichkeitsklärung ausgesperret. In Frage kommen 1700 Kollegen.

Zugzug fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Steglitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born).
A. S. I. für die Granitschleifereien. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig ist die dem letzten Tarifanspruch zugrunde gelegte Indexpolize um 13 Prozent gestiegen. Der Verbandsvorstand hat demzufolge der Steigerung entsprechende Zulagen beim V. G. beantragt.

Erlebte Bewegungen.

Mannheim-Ludwigshafen. Streit beendet.

Politisches und Wirtschaftliches.

Die großen und kleinen Spekulanten, diese ehrenwerten Mitglieder der deutschen Republik, reiben sich gegenwärtig wieder die vom Gewinn fettig geriebenen Hände, denn was sie gewünscht, gehofft und in wohlberedender Absicht ihresgleichen längst zugewagt haben, ist eingetreten: Die Devisenkurse steigen; der Hauptmacher bei diesen Kursen, der Dollar, klettert, von kleinen Schwankungen abgesehen, andauernd noch oben.

Die Stützungsaktion der Mark durch die Reichsbank war den genannten Volksgenossen vom Stamme Rimm von Anfang an recht unbehagen; sie wurden erst unsicher, konnten nicht begreifen, daß trotz der perzipierten politischen Lage Deutschlands durch die Ruhrbesetzung und des Friedensdiktates und der ganz natürlichen wirtschaftlichen Auswirkung dieser Besetzung die deutsche Mark sich überhaupt halten konnte. Das war den Spekulanten natürlich vollständig unvorstellbar und ihr Geschäftssinn riet ihnen, eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie taten denn auch nicht das geringste, um ebenfalls ihren Teil zu dieser Stützungsaktion beizutragen, im Gegenteil; sie sabotierten die Reichsanleihe und standen im übrigen sprunghaft und wartend auf die Wiederkehr des Marksturzes. Manche dieser Ehrenmänner, soweit sie im Handel machen, holen nunmehr aus verborgenen Lagerwinkeln die zurückgehaltenen Waren hervor, denn die Gelegenheit zum Schröpfen der andern Volksgenossen ist äußerst günstig; der Dollar klettert, macht über Nacht neue Preise; Kontrolle durch Dritte ist schwer möglich; das Rebbach-Geschäft blüht!

Begünstigt wird dieser neue Raubzug auf die Taschen und auf die Gesundheit des arbeitenden Volkes durch die kurzfristige französisch-belgische Politik in der Ruhrfrage. Unsere Kollegen wissen, daß die Noten im Angebot zur Verfügung und in der Abfrage bereits hinüber und herüber gewechselt wurden. Die Kollegen wissen ferner, daß die momentan Starke, gestützt auf ihre Tanks und Maschinenengewehre, dem Schwachen, der nur über seine Arbeitskraft verfügt, in der Abfallung der Note für eine Verständigung Ungeschicklichkeit, ungenügendes Angebot, ja Stümperhaftigkeit vorwarfen, und daß im sonstigen Auslande wie auch im Inlande dieselbe Kennzeichnung auf die deutsche Angebotsnote angewandt wurde.

Staatsmänner, Politiker und Wirtschaftler zerbrechen sich den Kopf darüber, was nun die einzelnen Sätze in den gegenseitigen Noten eigentlich sagen wollen, ferner wie sie aufzufassen sind, und am meisten wird darüber orakelt, ob etwa ein besonders geistvoller Gedanke zwischen den Zeilen dieser Noten herausgesehen werden könnte. Das gewöhnliche Volk kehrt diesem diplomatischen Wortspiel verständnislos gegenüber. Es sagt sich nicht mit Unrecht, wenn auf allen Seiten ein Wille zur Verständigung vorhanden wäre, wäre es tatsächlich die einfachste und praktischste Sache, sich gemeinsam an den Verhandlungstisch zu setzen, um in Rede und Gegende, im Beweis und im Gegenbeweis die Grundlage zur Verständigung zu schaffen; doch ein solch einfacher und gerader Weg hat in der hohen Politik bis jetzt noch keinen Raum; denn auch die fremden Diplomaten wollen annehmend den Nachweis ihrer Daseinsberechtigung erbringen. Demselben werden während des diplomatischen Ränkefelds ungeheure Werte weiter vernichtet; Werte, mit denen ein gut Teil der Reparationslasten hätten bezahlt werden können. Auch kostbare Volkskraft und -eigenschaften werden zerrüttet und zerstört und zweifellos werden außerdem nationalitätliche Racheinstincte geweckt und gefördert. Man muß sich nur wundern, daß unsere ausländischen Widersacher diese ganz einfachen und natürlichen und doch so überaus wichtigen Vorgänge übersehen; sich so wenig um die Zukunft kümmern. Die Weltgeschichte könnte sicherlich Lehrmeister sein!

Der Sachverhalt hat sich nun derartig zugespitzt, daß Deutschland, um den französischen Machtwort zu befrichtigen, Angebote machen muß, die vor Wochen noch als unmöglich bezeichnet wurden und im weiteren ist nicht ausgeschlossen, daß über diese Angelegenheit das Reichsministerium stolpert. Diese Ausfichten sind durchaus nicht beruhigend, weil insbesondere unserem Wirtschaftsleben dadurch wieder schwere Schläge versetzt werden, deren Auswirkungen, wie immer, in der Hauptsache die Arbeiterschaft treffen. — Ein zweites Angebot Deutschlands, angeregt durch die englische Note, ist in Vorbereitung, vielleicht schon überreicht worden, wenn diese Nummer des „Steinarbeiter“ den Kollegen ausgehändigt wird. Hält man sich nun an französische Presseäußerungen, die zum Beispiel nur wenige Tage vor dem ersten Angebot bekannt wurden, dann müssen wir uns schon in Deutschland auf allerhand gefast machen, denn ehe das erste deutsche Angebot überhaupt zur öffentlichen Kenntnis kam, löste uns aus der französischen Presse das „Unannehmbar“ entgegen. So schrieb damals der „Zutanzigeant“: „Um Gotteswillen keine deutschen Vorschläge, die nur wieder zu einem faulen Frieden führen würden. Frankreich muß den

Krieg fortführen, den Krieg der wirtschaftlichen Blockade, dessen Ausgang kein anderer als die bedingungslose Unterwerfung des Gegners sein kann. Wenn Deutschland ersticht am Boden liegt, werden wir es fragen, was es anbietet hat, und wenn dieses Angebot nicht genügend ist, dann werden wir fortfahren, ihm die Schlagader zuzubrühen, bis es zu einer vernünftigen Verständigung und zu soliden Garantien bereit ist.“

Diese Äußerung ist gewiß roh und gewissenlos einem wehrlosen Volke gegenüber, sie zeigt uns aber auch, daß es nicht so einfach sein wird, Frankreich zu befriedigen. Trotzdem muß der weitere Versuch ernstlich unternommen werden! Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands gestattet kein weiteres Zaudern; es muß klare Bahnen geschaffen werden, ehe zu dem sonstigen Elend noch der moralische Zusammenbruch sich gesellt. Vielleicht wollen das unsere früheren Kriegsgegner! Und alle die ehrenwerten Spekulanten im Inlande an der Börse, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Groß- und Kleinhandel, sie alle tragen durch ihre rüchichtslose Gewinnsucht dazu bei, den moralischen Zusammenbruch herbeizuführen, ohne daß eine Gesetzgebung ihnen das verwehrte und gewissenlose Handwerk legen könnte. Im politischen und wirtschaftlichen Leben gibt es leider Vorgänge, die infolge ihrer Verästelung mit dem Auslande durch keine Gesetzesparagrafen zu bannen sind. Das haben wir im deutschen Arbeitsvolke im Laufe der letzten Jahre oft bitter empfinden und empfinden es noch täglich, ja stündlich. Die gegenwärtige Spekulation, die sich auf den neueren Marksturz gründet, ist dafür wieder einmal der augenfälligste Beweis.

Die Lage der Arbeiterschaft allgemein und im einzelnen betrachtet ist einfach trostlos. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und unzureichender Lohn sind das Schwerkriegs, das auf dem Arbeiter lastet. Wohl hat die Gesetzgebung versucht durch Unterstützungserhöhung die Not zu mildern, doch alle diese Maßnahmen werden durch den neuen Marksturz unwirksam; ja, die staatliche Unterstützung wird dadurch für alle Bedürftigen zum Bettelbrennen herabgedrückt; der Lohn der Arbeitenden nicht minder! Mit einem Schlage wird alles zunichte gemacht, was frühere Lohnvereinbarungen an Hoffnungen beim einzelnen Arbeiter und seiner Familie erwakt haben. In den Wochen der Marksturzaktion hat die Arbeiterschaft ihre berechtigten Ansprüche zurückgestellt, die Regierung Cuno hat der Arbeiterschaft durch die merkwürdige und einseitige Regierungs-Lohnpolitik eine schwere Belastungsprobe auferlegt gehabt. Die Arbeiter haben sie ertragen in der Erwartung anderer geistlicher Maßnahmen, die jedoch ausgeblieben sind. Die Arbeiter, Beamten und Angestellten haben damit große persönliche Opfer auf Kosten ihrer sozialen Stellung gebracht. Nun aber hat die inländische Spekulationswelt die Zurückhaltung des arbeitenden Volkes in geradezu erbärmlicher Weise belohnt. Als der Dollar sich auf 20000 Mark hielt, sind die Preise wenig und nur ganz zögernd nach unten gefolgt, da hier es einfach; die Waren wurden zum höheren Kurse eingelaufen! Nun aber, wo der Dollar wieder klettert, werden die Preise aller Waren von heute auf morgen der Steigerung angepaßt! Jetzt heißt es: „Wir müssen bei Neuanschaffung der Waren auch höhere Preise zahlen!“ So geht es im Kleinen; wie es im Großen vor sich geht, liegt klar auf der Hand. Alles vollzieht sich auf dem Rücken der arbeitenden Masse. Und da wundert sich das Krämervolk und seine ganze Sippe noch, wenn die Arbeiterschaft der heutigen Wirtschaftsordnung flucht und auf Abänderung drängt!

Eine Gegenüberstellung von Indexpolize (Warenpreise, Lebenshaltungskosten und deutscher Durchschnittslohn) im Februar und März, die wir kürzlich zu Gesicht bekamen, zeigte, daß der deutsche Arbeiter im Durchschnitt während der genannten Monate pro Stunde über 400 Mk. zu wenig Lohn bezogen hat, zu wenig im Vergleich der Steigerung der Warenpreise und Lebenshaltung, gemessen nach dem Stande von 1913. Im April und Mai ist dieser erschreckende Zustand noch mehr verschärft worden. Angesichts dieser Tatsachen muß vor allen Dingen die Ruhrfrage erledigt werden, sonst breiten die Verhältnisse über uns hinweg. Die kommenden Lasten aus dieser Regelung sind denen in erster Linie aufzubürden, die es in jeder Situation verstanden haben, sich aus der Haut des Volkes die Riemen zu schneiden, um ihre Geldpäckchen damit zu hündeln. Für diese Aufbürdung wird die Arbeiterschaft kämpfen mit aller Energie und sie wird Steger bleiben, wenn die augenblickliche Sachlage von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft richtig eingeschätzt und beurteilt wird. Das Zeitbarometer zeigt auf Sturm, darum darf nicht in kleinen Plänkeln die Kraft vergeudet werden.

Aus den Zahlstellen.

Königsberg i. Pr. Am 1. März fand im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Steinarbeiter Königsbergs statt, die sich nur mit Mißständen und Provokationen der hiesigen Betriebe zu beschäftigen hatte. Unsere Lohnabmachungen reichen hier nur für einen halben Monat. Den Winter über haben es die hiesigen Unternehmer verstanden, durch Verschleierung unsre Löhne so niedrig zu halten, daß andre Arbeiterkategorien uns weit überholt hatten. Zum 1. März hatten wir eine Lohnforderung von 80 Prozent an die Herren Arbeitgeber eingereicht. An demselben Tage aber, als ihnen unsre Lohnforderung bekannt wurde, erklärte der größte Betrieb am Orte, nur drei Tage arbeiten lassen zu können, um so unsre Forderung abzuschwächen. Dieses Ansinnen der Unternehmer brachte unter den Kollegen große Erregung hervor. Da wir den Winter über schon sehr eingeschränkt leben mußten, glaubten die Kollegen, durch ihre volle Arbeitszeit und Lohn-erhöhung ihre Lebenshaltung etwas zu bessern, aber das Gegenteil trat ein. Durch straffes organisatorisches Zusammenhalten wurde dieses Ansinnen abgewehrt, die 42stündige Arbeitszeit wurde beibehalten; nur durch unser geschlossenes Auftreten war dieses möglich. Laut untern tarifratischen Bestimmungen dürfen Sonderabmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht getroffen werden. Sie versuchen trotzdem, günstige Augenblicke für sich wahrzunehmen, indem sie von den Kollegen verlangen, unter Tariflohn zu arbeiten. Wer sich dagegen wehrt, wird brutal aufs Straßenpflaster geworfen! Dieses trifft speziell für die Kleinbetriebe zu. Hier müssen die Kollegen in weitestgehendem Maße Remedur schaffen. Wir werden alle Instanzen gebrauchen, um diesem Unwesen entgegenzutreten und es auszurotten. Wir hier in Königsberg, im äußersten Osten, dem Hort der gefährlichsten Reaktion, werden es verstehen, unsre Lebensinteressen zu wahren.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Ueber die Lage der oberfränkischen Granitindustrie schreibt der „Steinbruch“: „Der Export polierter Grabdenkmäler und Bauarbeiten hat in den letzten Monaten bedeutend nachgelassen. Die Hauptursache hierfür liegt in der außerordentlichen Steigerung der Gestehungskosten, die die Verkaufspreise den Weltmarktpreisen angeglichen haben, ja diese zum Teil sogar überschreiten liehen. Hierzu kommt, daß die beiden europäischen Hauptabnehmer polierter Granitarbeiten, Frankreich und Belgien, seit Wochen vollständig ausgeschaltet sind, so daß eine große Anzahl von Betrieben, deren beste Kunden diese beiden Länder waren, der Zukunft nur mit schwerer Sorge entgegensehen, um so mehr als der Inlandsabatz gleich Null und sogar verlustbringend ist. Auch das Geschäft nach Uebersee lieh bedeutend nach. Ansehnliche Bestellungen, die fast mit Sicherheit zu erwarten waren, werden zurückgehalten, weil — wie aus Berichten hervorgeht — die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Deutschland das Vertrauen der Uebersee-Rundschau in eine ordnungsgemäße Abwicklung etwaiger Bestellungen erschüttert haben. Aus Nordamerika liehen zwar neuerdings die Bestellungen auf polierte Grabsteine in größerem Umfange ein (große Firmen senden eigene Einkäufer herüber), doch ist es sehr zweifelhaft, ob dadurch ein Ausgleich geschaffen werden kann; um so mehr ist dieser Zweifel berechtigt, als die Lieferungen nach den Vereinigten Staaten besonders hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und auch die Qualitätsarbeit der Werke stellen.“

Die Werksteinindustrie klagt ebenfalls über großen Absatzrückgang, zum großen Teil durch die hohen Frachten verursacht, da es sich hier (gegenüber dem polierten Granit) um verhältnismäßig geringwertige Lieferungen handelt, die Frachten daher bei dem hohen Gewicht des Granits ausschlaggebend, d. i. verkaufshemmend wirken.

Die Pflastersteinbetriebe, die — zum Teil auf Jahre hinaus — mit Aufträgen auf Granitpflaster für den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien voll eingebettet waren, stehen ebenfalls vor erheblichen Schwierigkeiten, da das bestellte Pflaster ein ganz bestimmtes Format aufweist, das in andern Ländern schwer abzugeben ist.

Die nächsten Ausfichten für die Granitindustrie sind also nicht weniger als düster, und es wird allgemein befürchtet, daß schon in der nächsten Zeit ein erheblicher Rückschlag mit Betriebseinsparungen eintreten wird, dessen Beginn bereits da und dort vorüber ist.

Eine Forderung? Eine größere Firma der Natursteinindustrie Süddeutschlands schreibt uns:

„Wir lesen in Ihrem wertigen Blatte unter der Ueberschrift „Rundschau“ eine Abhandlung über die Overtirchner Sandsteinbrüche L.-G. und möchten, ohne dieses Unternehmen etwa zu kennen, nur im Interesse eines vernünftigen Verständnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber feststellen, daß Ihre Ausfaltungen über die Gewinne dieser Firma für jeden kaufmännisch nicht gebildeten Leser irreführend sind. Denn 400 Prozent auf eine Aktie von 100 Goldmark in Papiermark ausgezahlt, stellen noch nicht 10 Goldpfennig Gewinn dar, woraus also ohne weiteres, auch wenn Kapitalverdoppelungen oder -verdrehungen vorgenommen sind, überhaupt nicht auf einen Gewinn, geschweige denn auf einen Riesengewinn geschlossen werden kann.“

Diese väterlich wohlmeinende Belehrung konnte die betreffende Firma sich gewiß sparen; denn auf ihre Darlegung trifft die Bezeichnung „irreführend“ eher zu als auf unsre in Frage kommende Kritik. Mit dieser Goldmarkbasis wird täglich im Geschäftsleben ein knifflischer, aber nichts desto weniger grober Unfug getrieben. Sobald der Verdienst oder Gewinn in Betracht kommt, wird die Goldmark zugrunde gelegt, dadurch ist er nach außen hin für die „Angeschulten“ recht winzig. Wird aber dem Arbeiter, Angestellten und Beamten der Lohn oder Gehalt berechnet, dann kennen dieselben Goldmarkarbeiter keine Goldmark mehr, sondern nur noch Papiermark, dadurch ist der Lohn oder Gehalt nach außen hin zahlenmäßig hoch. Und so steht denn geschrieben, daß die in der Nachkriegszeit erworbenen neuen Aktien in Goldmark eingezahlt wurden? Nirgends! Wo steht sonst geschrieben, daß gerade die Aktieninhaber den Vorteil haben sollen, sich auf etwaige vor dem Kriege erworbene Aktien zu berufen, die damals (weil es nichts anderes gab) mit sogenannter Goldmark bewertet wurden? Nirgends! Trifft die Geldentwertung nicht alle, die vor dem Kriege ihre mühsam zusammen-gescharrten Sparpfennige auf der Sparkasse, in Hypotheken oder in sonstigen Papieren angelegt haben? Wird etwa allen diesen Bedauernswerten nunmehr ein Recht eingeräumt sich auf ihre frühere Goldmarkzahlung zu berufen und deshalb bedeutend erhöhte Zinsen zu verlangen? Nein! Im Gegenteil! Die Geldentwertung trifft sie alle mit voller Wucht und keine Gesetzesmaßnahme ist in der Lage hier entsprechend zu ändern, weil dem die Privatwirtschaft und der Privatkapitalismus entgegenarbeitet. Nur die Privatindustrie, gestützt auf den Privatkapitalismus, ist in der Lage — auf Kosten anderer — die volle Geldentwertung von ihren Geldgebern abzuwehren. Im Vergleich zu der großen Not des arbeitenden und darbenenden Volkes sind in der letzten Zeit geradezu ungeheuerlich hohe Gewinne an Aktieninhaber ausgeschüttet worden und daher ist es wirklich ein verschämter aber unglücklicher Versuch, diese Gewinne mit der Goldmarkberechnung verfeinern zu wollen. Es bleibt schon dabei wie wir in der Nr. 18/19 des „Steinarbeiters“ geschrieben haben, daß 400 Prozent auf eine Aktie von 1000 Mark einen Gewinn darstellen, bei dem die Aktionäre sicherlich schmunzeln können. Dann kommt allgemein als erschwerend hinzu, daß die 4000 Mark Gewinn auf 1000 Mark Aktienkapital auf Kosten der Allgemeinheit und nicht zuletzt auf Kosten der im Betrieb beschäftigten Steinbrucharbeiter und Steinmehrer erzielt wurden.“

Gewerkschaftliches. „Der Proletarier“, das Verbandsblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, ist im besetzten Gebiet auf die Dauer von drei Monaten verboten worden. Ein Grund dafür wurde nicht angegeben. Es ist aber anzunehmen, daß die französische Militärgewalt die Wahrheit nicht ertragen kann und darum dieses Arbeiterblatt wie so manches andere Proletarierzeugnis zu unterdrücken versucht.

Soziales. Ausrüstung für Erwerbslose. Nach einer Verordnung des Arbeitsministeriums soll künftig Erwerbslose, die

eine sich bietende Arbeitsgelegenheit nicht ausnutzen können, weil ihnen die erforderliche Ausrüstung, im besonderen entsprechende Arbeitskleidung fehlt, solche Ausrüstung aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge vorgestreckt werden können. Voraussetzung ist, daß dem bisher unterstützten Erwerbslosen dann Arbeit von voraussichtlich mindestens sechs Wochen Dauer nachgewiesen werden kann. Die Eingabe der Ausrüstung geschieht darlehensweise, entweder der Gegenstände selbst oder des benötigten Geldes. In Fällen besonderer Bedürftigkeit kann jedoch die Gemeinde auf Rückzahlung verzichten, und zwar bis zu einem Betrage, der den zwölffachen Betrag des täglichen Unterstützungssatzes nicht übersteigt. Diese Neuordnung ist leibhaftig zu begrüßen, denn oft war, zumal bei Kostenträgersarbeiten, Erwerbslosen die Arbeitsaufnahme nicht möglich, weil die entsprechende Arbeitskleidung fehlte.

Krankenversicherung der Kurzarbeiter. Auf Grund eines Initiativgesetzes des Reichstags übernimmt künftig die Erwerbslosenfürsorge teilweise die Krankenversicherung der Kurzarbeiter, dadurch, daß die Kurzarbeiter nur in der Höhe Beiträge zur Krankenversicherung leisten, wie sie dem durch die Kurzarbeit bedingten gekürzten Verdienst entspricht. Trotzdem sollen sie nach dem Grundlohn versichert bleiben, der dem Verdienst innerhalb der vollen Arbeitszeit entspricht. Dem Arbeitgeber wird der von ihm dadurch geleistete Mehrbeitrag durch die Gemeinde oder die Erwerbslosenfürsorge zurückerstattet. Der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge soll als § 12g eingefügt werden: Solange Krankenkennzeichnungspflichtige infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnkürzungen erfahren, bleiben sie bei ihrer Kasse nach demjenigen Grundlohn versichert, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der Arbeitgeber kann ihnen nur die Beitragsteile abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes entfallen würden.

Die Gemeinde hat dem Arbeitgeber den auf ihn durch die Vorschrift des Absatz 1 entfallenden Mehrbeitrag zu erstatten. § 12h Abs. 1 gilt entsprechend. Absatz 1 gilt bis zum 31. Dezember 1923. Der Reichsarbeitsminister kann die Frist bis um ein Jahr verlängern. Dieses Gesetz soll mit dem 30. April in Kraft treten. Es sind also künftig keine Ummeldungen auf Herabsetzung auf eine niedrigere Lohnstufe bei den Kassen zu machen, andererseits ist dort, wo solche Ummeldungen bereits erfolgten, erneute Ummeldung und Rückkehr zur höheren Lohnstufe erforderlich.

Neuregelung des Steuerabzuges vom Lohn ab 1. Juni 1923. Die letzte Regelung des Lohnabzuges war durch die Verordnung vom 15. Februar erfolgt. Die inzwischen eingetretene Erhöhung der Preise und Löhne macht eine neue Regelung spätestens zum 1. Juni dringend erforderlich. Bereits Anfang Mai reichte die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag mit Begründung ein. Sie beantragte Erhöhung der Ermäßigungsätze für Mann und Frau, sowie für Kinder um 100 Prozent, Erhöhung der Werbungskosten um 150 Prozent. Bei den Beratungen im Steuerausschuß erhoben die bürgerlichen Parteien besonders gegen die weitgehende Erhöhung der Werbungskosten lebhaft Bedenken. Dasselbe tat die Regierung. Auch die 100prozentige Erhöhung der einkommensteuerfreien Grenze für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau wurde von ihnen als zu weitgehend betrachtet. Demgegenüber wiesen die Sozialdemokraten auf das gewaltige Steigen der Versicherungsbeiträge hin, das eine stärkere Erhöhung der Werbungskosten dringend notwendig mache. Dadurch gelang es, die bürgerlichen Parteien im wesentlichen zur Zustimmung zu den sozialdemokratischen Anträgen zu bewegen.

In der Sitzung des Steuerausschusses vom 12. 5. wurde infolgedessen beschlossen, die Werbungskosten nach dem Antrag der Sozialdemokraten um 150 Prozent, das ist monatlich 10 000 Mk. (4000). Dagegen wurden die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau nur um 50 Prozent, das heißt von 800 auf 1200 Mk. monatlich erhöht. Durch diese Beschlüsse werden künftig steuerfrei sein monatliche Einkommen bei einem Ledigen von 112 000 Mk. (bisher 48 000), bei einem Verheirateten ohne Kinder 124 000 Mk. (bisher 56 000 Mk.), bei einem Verheirateten mit zwei Kindern 244 000 Mk. (bisher 136 000). Ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern, dessen monatliches Einkommen 400 000 Mk. beträgt, hat daher künftig nur eine Steuerleistung von 16 600 Mk. (bisher 29 400), während seine Steuerleistung bisher 28 400 Mk. betrug. Diese Neuregelung tritt, da der Reichsrat ebenfalls am 12. 5. seine Zustimmung gegeben hat, am 1. Juni in Kraft. Die Kollegen haben beim Lohnabzug vom 1. Juni das Vorstehende zu beachten.

Der gesundheitliche Niedergang des deutschen Volkes. Gegen Ende des Krieges war der Gesundheitszustand des deutschen Volkes infolge der schweren Entbehrungen, die es mehr als vier Jahre lang ertragen mußte, der stetig zunehmenden Verschlechterung aller öffentlichen und privaten hygienischen Einrichtungen tief gesunken. Wenn die Sterbeziffer von 15,5 im Jahre 1919 — berechnet auf je 1000 der mittleren Gesamtbevölkerung — auf 13,9 im Jahre 1921 gefallen war, so steht diese Tatsache der Annahme eines Niederganges der Gesundheit nicht entgegen. Diese nur scheinbare Besserung erklärt sich aus der eingetretenen natürlichen Auslese innerhalb der furchtbaren Leiden ausgefegter Bevölkerung sowie aus dem durch den Krieg verursachten veränderten Altersaufbau des Volkes. Schon bewegt sich aber die Sterblichkeitskurve wieder aufwärts. Die neuen Qualen, die das Jahr 1923 gebracht hat, die sich emporkletternden Lebensmittelpreise, die Not auf allen Gebieten des Lebensunterhalts bringen das deutsche Volk in seiner Gesundheit und seiner Leistungsfähigkeit dem Zusammenbruch immer näher. Die Sterblichkeit in Deutschlands Großstädten ist in den Jahren 1921/22 — aus dem ganzen Reiche liegen die neuesten Zahlen noch nicht vor — von 12,6 auf 13,4 (Sterbefälle auf 1000 der Bevölkerung) gestiegen. Wenn sich die Todesopfer nicht noch stärker mehren, so beruht dies auf der bekannten Tatsache, daß Hunger und Not nicht sofort töten, sondern erst oft nach längerer qual- und leidvoller Zeit das Ende herbeiführen. Die bekannten Erscheinungen, die sich zeigen, wenn ein Volk schwerem Mangel an Lebensmitteln und sonstigen für den Lebensbedarf unentbehrlichen Gegenständen heimgelockt wird, treten wieder hervor. Hunger, Erschöpfung und Schmutzkrankheiten stellen sich in gehäuftester Zahl ein; es mehren sich die Anzeigen über Dohme, Stomatitis, Hautkrankheiten, Entzündung, Magenleiden, Störungen des Nervensystems, Vergiftungen durch verdorbene Lebensmittel. Die Säuglingssterblichkeit wächst, in den Großstädten ist sie von 12,1 auf 12,8 (100 Lebendgeborene) in den Jahren 1921/22 gestiegen, trotz eines Rückganges der Geburten in der gleichen Zeit von 302 000 auf 285 000.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Auf Antrag der Zahlstelle Dessau wurde der Steinmetz Franz Eitz ausgeschloffen, weil er sich nicht an den Abschlußvertrag gewöhnen will. Folgende Zahlstellen haben bis zum 22. Mai die Abrechnungen des 1. Quartals noch nicht eingesandt: 1. Gau: Greifswald. 2. Gau: Landeck. 3. Gau: Beerwaldermühle, Frohburg, Zöblitz. 4. Gau: Rassel, Hardegen, Reiffenhausen, Kühle, Warstein. 6. Gau: Gumbzweiler, Immendingen, Kappelrodt, Züschendach, Pforzheim, Schweisweiler. 7. Gau: Kronach, Röhnbach. 8. Gau: Augsburg, Bamberg, Richtenfels, Weihenburg, Zapfenberg.

9. Gau: Gelnau, Marxain, Monstingen, Odenheim. 10. Gau: Bedheim, Gommern.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Büchberg. Das Mitgliedsbuch Nr. 047 065 für Johann Reinthal er wurde verloren, vor Mißbrauch wird gewarnt. Jos. Probst, Kassierer.

Neuzorg. Für unsere kranken Kollegen Kolb bed gingen noch folgende Unterstützung ein: Von der Zahlstelle Seußlen 31 000 Mk., von Triebendorf 4500 Mk., sämtlichen Gebern besten Dank. Karl Schenk, Vorsitzender.

An die Zahlstellen des 4. Gaues! Am 29. April brannte dem Kollegen Lichtschlag in Benningjen, und am 5. Mai dem Kollegen Günther in Eiterhagen sein Häuschen zum Teil nieder. Die Not ist bei beiden groß und doch sind sie gezwungen, ihr Heim wieder aufzurichten. Aus eigener Kraft wird es ihnen jedoch unmöglich sein. Eine nähere Begründung dazu ist kaum nötig, denn jeder Kollege kennt die heutigen Verhältnisse. Ich wende mich deshalb mit der Bitte an die Zahlstellen des 4. Gaues, durch örtliche Sammlungen zu versuchen, den beiden Kollegen zu helfen. Die gesammelten Gelder sind an meine Adresse zu senden. Wird nicht besonders vermerkt, für welchen der Abgebrannten die gesamte Summe in Frage kommt, wird sie zu gleichen Teilen verwendet. Ueber die eingehenden Summen wird im Steinarbeiter Zeitung erfolgen. Kollegen, verlagst nicht in der Solidarität. Gauleitung: Konrad Reis in Eiterhagen, Feiert. Kassel.

Berlin. Laut Versammlungsbeschuß beträgt der Beitrag ab 22. Woche: 1. Klasse 2600 Mk., 2. Klasse 2300 Mk., 3. Klasse 1600 Mk. einschließlich Ortszuschlag.

Adressenänderungen.

- 3. Gau. **Draha,** Post Meßen i. S. Vorl. Richard Kaiser, Kass. Gustav Herzog, Meßen, Leipziger Straße 16.
- 4. Gau. **Volkmarfen.** Vorl.: Hubert Kollhaas, Weida 108.
- 5. Gau. **Thomasberg.** Vorl.: Johann Willenholz, Boseroth, Post Oberpreis, Siegtkreis.

Mitgliederbewegung im 1. Quartal 1923.

Zugang:	
Bekand am Schluß des 4. Quart. 1922	51814 Mitglieder
Eingetreten im laufenden Quart. 1923	1730 "
Uebergetreten von andern Verbänden	1095 "
Zugeworben in den Zahlstellen	566 "
Zugang	55205 Mitglieder
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	915 Mitglieder
Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen	280 "
Nach § 3 Abs. 5 b ausgeschlossen	12 "
Zu andern Verbänden übergetreten	830 "
Abgereicht aus den Zahlstellen	799 "
Im 1. Quartal gestorben	99 "
Abgang	2915 Mitglieder
Bekand und Zugang	55205 Mitglieder
Abgang	2915
Bekand am Schluß des 1. Quart. 1923	52290 Mitglieder
Davon waren weibliche Mitglieder . . . 1018	

- 6. Gau. **Seebach,** Amt Achern. Vorl.: Hans Bauer, Wolfsbrunnen bei Seebach.
- 7. Gau. **Hochwegen.** Vorl.: Max Zeuner, Loizerdorf, Kass.: Alois Dorfner, Eipendorf.
- 8. Gau. **Weglar.** Kass.: Wilh. Regel, Siechhof 1.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Der Sozialismus einst und jetzt.

Im Sommerhalbjahr 1921 hat Eduard Bernstein an der Berliner Universität über die Streitfragen des Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart gesprochen und diese akademischen Vorlesungen sind unter dem Titel: „Der Sozialismus einst und jetzt“ (Verlag J. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68), Grundzahl Nr. 2.50, geb. 4.—, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Das reiche geistige Leben des modernen, an den Namen von Karl Marx geknüpften Sozialismus pulst in diesen Vorträgen. Der Marxismus hebt sich zunächst scharf von dem alten, auf naturrechtlichen Spekulationen basierenden utopistischen Sozialismus ab. Der neue Sozialismus geht nicht aus der einsamen Studierstube eines der Welt entrückten Grüblers, sondern aus der kapitalistischen Wirtschaft selbst hervor. Welche starken Farben des Lebens gerade der Marxismus an sich trägt, zeigt die Bernsteinische Darstellung über die wirtschaftlichen Grundlagen dieses Systems. Marx bildete zum Beispiel die Werttheorie Ricardos weiter, um die Bewegungsgesetze der sehr realen kapitalistischen Wirtschaft schärfer zu erfassen. Diese Wirtschaft und die sich auf ihr aufbauende Gesellschaft analysiert Bernstein scharfsinnig, er verfolgt die Klassenbildung und Klassengliederung der Gesellschaft und behandelt eingehend die Marx'sche Lehre vom Klassenkampf und die kritischen Staatstheorien von Marx und Engels. Dem Sozialismus von einst, der nach der zutreffenden Kritik Bernsteins demokratisch ist, tritt scharf als Sozialismus „von jetzt“ der Bolschewismus gegenüber, der die wirtschaftliche Krise, an die Marx den Sozialismus bindet, mit Gewalt zu erzwingen sucht und sich dadurch, indem er in die Fußstapfen des despotischen Zarismus tritt, über und über mit Blut besudelt. Was kritisch Bernstein über den Marxismus zu sagen hat, spricht er freimütig aus, aber zugleich zeigt er in dem vortrefflichen, neu hinzugefügten Kapitel: „Das Bleibende im Marxismus“ die unergänglichen, der Wissenschaft sich für immer einreibenden geschichtsphilosophischen, ökonomischen und soziologischen Ideen von Karl Marx. Zusammenfassend führt er aus: „So sind denn alle drei Hauptgebiete der Marx'schen Lehre des Sozialismus: Die Geschichtsphilosophie, die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Theorie des Klassenkampfes der Arbeiter in dieser Gesellschaft im einzelnen modifiziert worden durch neuere Untersuchung und durch die inzwischen vor sich gegangene Entwicklung der Gesellschaft selbst. In ihren Grundbegriffen ist aber die Lehre bekräftigt worden. In dem, was ihre tiefsten Gedanken ausmacht, hat die Entwicklung sie bestätigt. Neu ist im Bernsteinischen Buche auch die tiefgründige Kritik des Gildensozialismus. Der Gildensozialismus in der Form der gewerkschaftlichen Produktionsgenossenschaft wird nach Bernstein einst ein erweitertes Tätigkeitsfeld finden, die gildensozialistische Idee dagegen, nach der sich die als Gilden konstituierten Gewerkschaften zu Herren der Wirtschaft erheben, wird von ihm als eine unwillkürliche und unsozialistische Utopie zurückgewiesen. Dieser Sozialismus „von jetzt“ muß sich mit einer dienenden Stellung bescheiden.“

Die Bernsteinische Arbeit rührt von dem Ausgang des utopistischen Sozialismus bis zu dem theoretischen und praktischen Sozialismus der jüngsten Gegenwart. In der sozialdemokratischen Literatur besitzen wir keine Schrift, in der sich in dieser Kürze der ganze Ideengang des Sozialismus von „einst und jetzt“ entfaltet.

Das ukrainische Problem. Der Kampf des ukrainischen Volkes für Einheit und Freiheit seines Landes umspannt Jahrhunderte. Was weiß der DurchschnittsEuropäer von dem heißen Ringen dieses Volkes? Vielleicht die Ziffer der Schlacht bei Polawa 1709, in der Jwan Mazepa und Karl XII. geschlagen wurde, vielleicht den tragischen Untergang des durch Lord Byron gefeierten ukrainischen Hetmans? Erst Verhandlungen von Brest-Litowsk und dann die Willkürherrschaft Storopahys, einer gefügigen Kreatur der preussischen Militaristen, lenkten am Schluß des Weltkrieges die Augen der Europäer wieder auf die Ukraine. Damals verbreiteten sich fabelhafte Gerüchte über den unermesslichen Naturreichtum der Ukraine, damals feierten zahlreiche Reden den „Brotfrieden“ der Mittelmächte mit dem Lande der gefüllten Kornflammern. Die allgemeine Unkenntnis des DurchschnittsEuropäers mit der Geschichte und mit den heutigen wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen der Ukraine ließ die Abfassung einer gedrängten Geschichte dieses Landes als dringend geboten erscheinen. Sie liegt jetzt in der trefflichen Arbeit Panas Jampetos: „Der nationale und soziale Befreiungskampf der Ukraine“ (Berlin 1923, J. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H.) vor.

Briefkasten.

H. Die Namen der wegen Beitragsrückständen in der Beitragsliste gestrichenen Mitglieder werden nicht veröffentlicht. E. Gies. Die fortwährenden Änderungen an dem Anzeigentext haben jede Vergünstigung in der Berechnung auf.

Anzeigen

Bücher - Vorzugsangebot.

- Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. S., Berlin SO 16, Engelauer 24
- Gewerkschaftliche Bücher, die in keiner Zahlstelle des Verbandes fehlen sollten:**
- 1. **Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung.** Von Paul Herz und Rich. Seidel. Grundpreis 4.00
 - 2. **Wirtschaftliches Denken.** Von Dr. A. Striemer. Grundpreis 0.70
 - 3. **Wesen u. Ziel des Arbeitsrechts.** Von Heinz Rothhoff. Grundpreis 0.70
 - 4. **25 Jahre Deutsche Gewerkschaftsbewegung, 1890-1915.** Von P. Umbreit. Grundpreis 3.00
 - 5. **Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften.** Von Karl Zwarg. Grundpreis 2.00
 - 6. **Die deutsche Gewerkschaftsbewegung.** Konstitutionsrecht und Koalitionen der Arbeiter in Deutschland seit der Gewerkschaftsordnung (1890). Von Dr. Jakob Reiml. Grundpreis 4.50
- Schlüsselsatz zu den unter 5. und 6. genannten Schriften zur Zeit 200. Die angegebenen Grundpreise multipliziert mit der Schlüsselsatz, ergeben den augenblicklichen Preis des Buches. Die Verlagsgesellschaft des A. D. G. W. liefert Organisations- und deren Mitgliedern bei Bezugnahme auf diese Anzeige mit 25% Ermäßigung

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode
Christen-Architektur
F. Giegler, Oelzen, Eicherstr. 37.

Granitschleifer
für Maschine und Hand sofort für dauernd gesucht.
Otto Koppe & Co.
Dobrlitz R. L.

Steinmetzen
und Maschinenschleifer.
Friedrich Hagelauer, Granitwerke Fürth i. B.

Tüchtiger Steinmetz
für Grabsteinarbeit in Sandstein, der sich auch in Bergierungen bewandert ist, sofort für dauernd gesucht.
Otto Koppe
Bildhauer- und Steinmetzmeister, Dobrlitz R. L.

Tüchtige Marmor- und Granitschleifer
sucht für sofort
Marmor- und Granitwerk
Znd. Paul Fingas, Legnitz, Immelmanstr.

Mehrere tüchtige Steinmetzen
auf Oberflächiger Sandstein, auch auf A. Böseler, Varel in Oldba.

Tüchtige Steinmetzen
gegen hohen Lohn für sofort nach Abendbüren in Westf. gesucht
Ibbendüren Sandsteinbrüche Ibbendüren i. B.

Arbeits-Hosen
in Qualitäten: Tuchleder, weiß, schwarz, silbergrau, Blau, Schilffellen, Wirtz sowie Sommer-Jacken in verschiedensten Qualitäten liefert zu äußersten Preisen
W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.
Anfertigung von Arbeits-Garbenode.

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.
- In **Holenberg** am 16. März der Sandsteinmetz Karl Stümpel, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Dresden-Pirna** am 20. März der Brecher Martin Rade, 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Leipzig** am 31. März der Hilfsarbeiter Adam Seifried, 19 Jahre alt, Betriebsunfall.
 - In **Göttingen** am 14. April der Steinmetz August Kühn, 61 Jahre alt, Herzschlag.
 - In **Tiefenfurt** am 17. April der Granitsteinmetz Ludwig Schmied, 42 Jahre alt, Magenkrebs.
 - In **Heppenheim** am 23. April der Hilfsarbeiter L. Guesberger, 29 Jahre alt, Hirnhautentzündung.
 - In **Osterholz** am 23. April der Brecher Heinrich Boh, 49 Jahre alt, Wassersucht.
 - In **Verdingen** am 27. April der Sandsteinmetz August Friedrich, 44 Jahre alt, Lungenerkrankung.
 - In **Bensha** am 28. April der Plastersteinarbeiter Heinrich Arnold, 70 Jahre alt, Altersschwäche.
 - In **Magdeburg** am 30. April der Hilfsarbeiter Karl Ebert, 49 Jahre alt, Schlaganfall; am 14. Mai der Sandsteinmetz Friedrich Wahrensdorf, 60 Jahre alt; er hat die Qual der Berufskrankheit durch Vergiftung beendet. Die Magdeburger Kollegen haben in dem Verstorbenen einen großen Verlust erlitten. Erfahrung, Lauterkeit und Wissen machten ihn zu einem unentbehrlichen Berater.
 - In **Berlin** am 2. Mai der Sandsteinmetz Max Ruhmert, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose; Gotthard Kahl, 52 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden.
 - In **Leipzig** am 3. Mai der Hilfsarbeiter Alfred Winter, 21 Jahre alt, Unfallfolgen.
 - In **Giersdorf** am 4. Mai der Betriebsmaschinenführer Hermann Hauke, 61 Jahre alt, Magenkrebs.
 - In **Grünfeld** am 5. Mai der Sandsteinmetz Karl Schmitt, 45 Jahre alt, Lungenerkrankung.
 - In **Miltenberg** am 5. Mai der Sandsteinmetz Wilhelm Rauh, 47 Jahre alt, Nierenerkrankung.
 - In **Breslau** am 6. Mai der Sandsteinmetz Karl Tobias, 59 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Karlsruhe** am 10. Mai der Hilfsarbeiter Markus Meis, 59 Jahre alt, Lungentuberkulose.
 - In **Oberschlesien** am 14. Mai der Brecher Johann Berger, 59 Jahre alt, Unfallfolgen.

Ehre ihrem Andenken
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Binkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.